

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 183 (2017)
Heft: 7

Artikel: Israels strategisches Interesse an der Westbank
Autor: Serr, Marcel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-730660>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Israels strategisches Interesse an der Westbank

Vor 50 Jahren sah sich der jüdische Staat mit einem drohenden Angriff Ägyptens, Jordaniens und Syriens konfrontiert. Am Morgen des 5. Juni 1967 führte die israelische Luftwaffe einen Präventivangriff durch, der in wenigen Stunden die gesamten gegnerischen Luftstreitkräfte neutralisierte. Gleichzeitig eroberten die israelischen Streitkräfte den Sinai und den Gazastreifen von Ägypten, die Westbank von Jordanien und die Golanhöhen von Syrien. Damit besetzte Israel in sechs Tagen ein Gebiet, das mehr als dreimal grösser war als das eigene Staatsterritorium.

Marcel Serr

Nun stellte sich die Frage: Was sollte Israel mit den eroberten Gebieten anfangen? Dabei fanden die israelischen Entscheidungsträger für die verschiedenen Territorien unterschiedliche Antworten. Diese entstammten weniger einem strategischen Masterplan, sondern entstanden inkrementell.

Die Eroberung der Sinaihalbinsel gab Israel nach dem Prinzip «Land für Frieden» die Möglichkeit, mit Ägypten, dem militärisch stärksten Nachbarstaat, den ersten Friedensvertrag mit einem arabischen Staat zu schliessen (1979). Israel zog sich daraufhin bis 1982 vollständig aus dem Sinai zurück.

Die Besetzung der Golanhöhen bedeutete eine wesentliche Verbesserung der strategischen Lage für Israel. Syriens Artillerie war es stets möglich gewesen, Galiläa unter Beschuss zu nehmen. Mit der Eroberung war dieses Sicherheitsrisiko beseitigt. Im Dezember 1981 annektierte Israel die Golanhöhen formell. Friedensverhandlungen über eine Rückgabe an Syrien scheiterten 1999; auch weil ein Abzug in Israel sehr unpopulär ist. Seit dem Kollaps Syriens im Bürgerkrieg erweist sich der Golan als strategisches Asset für Israel. Eine Rückgabe steht daher nicht in Aussicht.

Der Gazastreifen war deutlich schwerer zu kontrollieren. Das dicht bevölkerte, schmale Gebiet war unter der ägyptischen Besatzung in Armut versunken. Es bot keine strategischen Vorteile für Israel und war ein Hort des palästinensischen Widerstands. Ariel Sharon entschied sich daher 2005 zum unilateralen Rückzug, was allerdings der Machtergreifung der Hamas den Weg ebnete.



Blick auf Ariel – eine von Israels grösseren Siedlungsblöcken. Die Kleinstadt mit rund 20 000 Einwohnern ragt ca. 17 km jenseits der «Grünen Linien» in das Westjordanland hinein.

Bilder: Autor

Am stärksten beeinflusste Israels weitere Entwicklung jedoch die Eroberung des Westjordanlandes. Israel annektierte Ost-Jerusalem und kontrolliert heute noch 60 Prozent der Westbank, weshalb es unter massiver internationaler Kritik steht. Die UN-Resolution 2334 vom Dezember 2016 rückte diesen Sachverhalt wieder einmal in den Fokus und warf Israels Siedlungspolitik vor, gegen internationales Recht zu verstossen. Was bezweckt Israel mit der fortdauernden Präsenz in der Westbank? Und warum riskiert Jerusalem dafür so viel?

Politische Hintergründe: das ABC der Westbank

Nachdem Ende der 1980er Jahre ein massiver Aufstand in den palästinensischen Gebieten ausgebrochen war, führten die Gespräche zwischen der Palestine Liberation Organization (PLO) und Israel in Oslo 1993 zu einem Rückzug Israels aus Teilen der Westbank: 1994 zunächst aus dem Grossteil des Gazastrei-

fens und Jericho; 1995 wurde das Westjordanland in drei Bereiche eingeteilt: In den A-Gebieten mit den palästinensischen Bevölkerungszentren ist allein die PA verantwortlich. In den B-Gebieten ist die PA in zivilen Angelegenheiten zuständig, teilte sich aber den Sicherheitsbereich mit Israel. Heute erstrecken sich die A- und B-Gebiete auf 40 Prozent der Westbank und über 90 Prozent der palästinensischen Bevölkerung, die dort unter Verwaltung der Palästinensischen Autonomiebehörde leben. Israel dagegen kontrolliert die C-Gebiete (60 Prozent des Westjordanlandes). Derzeit leben dort rund 380 000 Menschen in israelischen Siedlungen, der Grossteil in den Siedlungsblöcken. Die Bebauung der Siedlungen nimmt lediglich 1,7 Prozent der Westbank ein.



Blick in den Gazastreifen. Israel hat sich bereits 2005 aus diesem Gebiet zurückgezogen. 2007 ergriff die Hamas dort die Macht.

Völkerrechtliche Hintergründe: Wem gehört die Westbank?

Häufig wird Israels Präsenz in der Westbank als völkerrechtswidrig bezeichnet (so auch UN-Resolution 2334). Doch der Sachverhalt ist komplex. Meist wird die besondere Vorgeschichte des Westjordanlandes ausser Acht gelassen. Die UN hatte im November 1947 in der Resolution 181 empfohlen, das britische Mandatsgebiet Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat zu teilen. Während die jüdischen Vertreter diesen Vorschlag akzeptierten, lehnten die Araber ihn ab. Mit dem Abzug der Briten rief David Ben-Gurion am 14. Mai 1948 den Staat Israel aus. Einen Tag später marschierten Ägypten, Jordanien, Syrien, Libanon und Irak mit dem Ziel in Israel ein, den jüdischen Staat zu vernichten. Israel schlug die Invasoren zurück und der Krieg endete mit bilateralen Waffenstillstandsabkommen; die Waffenstillstandslinien (Grüne Linie) wurden Israels temporäre Grenzen. Jordanien besetzte die Westbank in einem Angriffskrieg und annektierte sie 1950, ungeachtet der UN-Resolution, die das Gebiet für einen palästinensischen Staat vorgesehen hatte. 1988 gab Jordanien die Ansprüche auf das Gebiet auf.

Aufgrund dieser Vorgeschichte betrachtet Israel das Westjordanland nicht als besetztes Gebiet, da es zuvor nicht der rechtmässigen Souveränität eines anderen Staates unterstand. Auch wenn Israel mit dieser Interpretation relativ alleine steht, lässt sich die Westbank adäquater als umstrittenes Territorium beschreiben, auf das sowohl Israel als auch die Palästinenser Ansprüche erheben.

Unabhängig davon weist Jerusalem den häufig vorgebrachten Verweis auf Art. 49

der 4. Genfer Konvention, der es einer Besatzungsmacht untersagt, eigene Bevölkerung in das besetzte Gebiet zu transferieren, als irreführend von sich. Diese Regelungen entstanden unter direktem Eindruck der NS-Bevölkerungspolitik in Ost-Europa. Derartige gewaltsame Bevölkerungstransfers lassen sich nur schwer mit der freiwilligen Ansiedlung von Juden in ihrem historischen Stammland vergleichen, so Israels Argumentation.

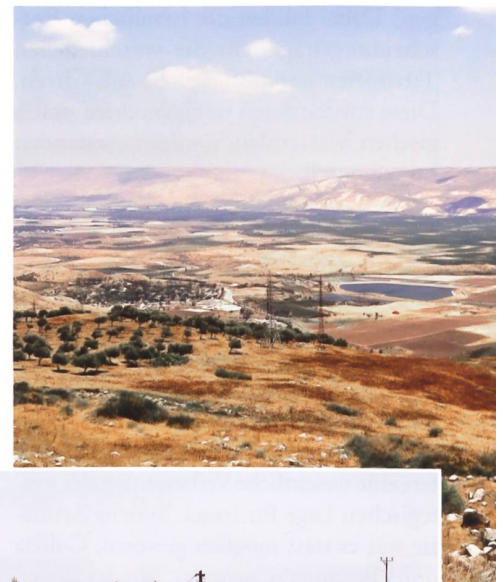
Darüber hinaus verweist Jerusalem darauf, dass die bilateralen Abkommen zwischen Israel und den Palästinensern kein Verbot des Siedlungsbaus vorsehen. Die Problematik der Siedlungen und Grenzen sind einem finalen Friedensabkommen vorbehalten.

Israels Sicherheitsinteressen

Was ist Israels Interesse an der Präsenz im Westjordanland? Zweifelsohne spielen dabei religiöse Überzeugungen eine Rolle – vorangetrieben insbesondere im zivilgesellschaftlichen Bereich durch die national-religiöse Bewegung. Immerhin gilt die Westbank als biblisches Judäa und Samaria als Kernland und Wiege des Judentums. Doch der Kern der Präsenz im Westjordanland ist Israels Sicherheitsinteresse – konkret: Israels Streben nach Grenzen, die im Falle eines Angriffs eine effektive Verteidigung zulassen.

Die besondere Sensibilität Israels in Sicherheitsfragen hat zum einen historische Hintergründe: In der Shoa stand das jüdische Volk vor der Vernichtung, drei Jahre

nach Ende der Nazi-Schreckensherrschaft über Europa kämpfte der junge jüdische Staat gegen fünf arabische Staaten um sein Überleben. In den folgenden Jahren musste Israel 1967 einen Dreifrontenkrieg ausfechten und sah sich 1973 mit einem Überraschungsangriff an zwei Fronten 1973 konfrontiert. Zum anderen existiert



Blick auf einen israelischen «outpost» in der Westbank. Diese Siedlungen liegen zwar im C-Gebiet, aber ausserhalb der grossen Siedlungsblöcke.

Israel bis heute in einer äusserst feindlichen Umwelt. Zumal die politischen Entwicklungen im Nahen Osten volatil und nur schwer vorhersehbar sind. Daher haben die sicherheitspolitischen Bedürfnisse absolute Priorität in Israels Politik.

Mit Blick auf die Westbank ist das Konzept der «verteidigbaren Grenzen» entscheidend. Israel kann es sich nicht leisten, eine grosse Armee ständig unter Waffen zu halten. Daher verfügen die IDF über einen kleinen Kern an Berufssoldaten. Ein wesentlicher Teil der Streitkräfte stellen Wehrdienstleistende; zum Grossteil besteht die Armee allerdings aus Reservisten, die im Ernstfall mobilisiert werden. Im Falle eines Angriffes müssen die Berufssoldaten und Wehrdienstleistenden die Angreifer solange aufhalten, bis die Reserve mobilisiert ist (24–48 Stunden). Angesichts des militärischen Übergewichts der arabischen Nachbarstaaten ist es für Israel notwendig, über einen günstigen Grenzverlauf zu verfügen, der topografische und taktische Vorteile bietet und den Streitkräften Manövrierspielraum im Inneren lässt.



Blick über den nördlichen Jordangraben. In der Mitte schlängelt sich der Jordan entlang und bildet die jordanisch-israelische Grenze. Der Jordangraben hat eine grosse strategische Bedeutung für Israel.

Es ist unmöglich vorherzusagen, wer die palästinensische Entität in der Westbank zukünftig regieren wird. Die Regierung Abu Mazens ist von Korruption, Nepotismus und Machtmissbrauch geprägt. Daher ist eine Machtergreifung der Hamas vorstellbar. Damit besteht die Gefahr, dass die Westbank (ähnlich wie der Gazastreifen) zum Ausgangspunkt für Raketenangriffe auf Israel wird. Ein solches Szenario wäre fatal, denn Israels Bevölkerungszentren an der Mittelmeerküste lägen

damit in unmittelbarer Reichweite selbst einfacher Mörser und Raketen.

Eine Rückkehr zur «Grünen Linie» (der Waffenstillstandslinie von 1949) ist daher aus israelischer Perspektive sicherheitspolitisch nahezu inakzeptabel, da sie Israel keine strategische Tiefe bot. An der schmalsten Stelle ist die Distanz zwischen der Westbank und der dicht besiedelten israelischen Mittelmeerküste 14 km. Ein militärischer Vorstoss an dieser Stelle würde Israel mit Leichtigkeit zerteilen. Daher verwundert es nicht, dass bislang keine israelische Regierung die vollständige Rückkehr zu den Waffenstillstandslinien ins Auge fasste. Dies gestand selbst die UN-Resolution 242 als Reaktion auf den Sechstagekrieg zu. Sie forderte Israel auf, sich aus einigen eroberten Gebieten zurückziehen, nicht aber aus allen.

Strategische Imperative

Zum Verständnis der israelischen Position ist es also wichtig, zu berücksichtigen, dass Israel aus eigener Perspektive mit der Präsenz in der Westbank elementare Sicherheitsbedürfnisse befriedigt. Mit Blick auf die Westbank sind drei Punkte aus israelischer Sicht entscheidend: (1) Die Kontrolle des Jordangrabens ist ein strategischer Imperativ für Israels Sicherheit, um zum einen das Eindringen von Kämpfern und Waffen in die palästinensischen Gebiete zu verhindern (wie an der Grenze zwischen Ägypten und dem Gazastreifen); zum anderen bietet der Jordangraben eine optimale topographische Verteidigungslinie. (2) Israel wird darauf bestehen, dass eine zukünftige palästinensische Entität demilitarisiert ist. Eine ähnliche Situation wie derzeit im Gazastreifen gilt es für Israel in der Westbank zu vermeiden. (3) Israel wird wahrscheinlich die grossen Siedlungsblöcke annekieren, denn sie gewährleisten ein Minimum an strategischer Tiefe und in ihnen konzentrieren sich ca. 80 Prozent aller Siedler. Aus sicherheitspolitischer Perspektive dürften diese drei Punkte die Kernkomponenten der israelischen Verhandlungsposition in zukünftigen Gesprächen mit den Palästinensern darstellen. ■



Marcel Serr
Magister Artium
IL-Jerusalem/Israel

Cyber Observer

Verschiedene Hersteller von Hard- und Software buhlen um ihre Nutzer. Grosskonzerne wie Apple, Google und Microsoft versuchen mit aller Kraft ihre Ökosysteme zu etablieren.



Die Anwender sollen hineingelockt und im Idealfall durch Funktionalität und Möglichkeiten abhängig gemacht werden. Man will ja nicht, dass sie ohne weiteres zur Konkurrenz wechseln.

Ist man einmal in einem solchen Ökosystem angekommen und fühlt sich wohl, kann der Anbieter seine Macht auszuspielen beginnen: Altbewährte Funktionen werden vielleicht aus Kostengründen abgebaut oder sollen plötzlich nur noch für einen Aufpreis nutzbar bleiben. Jeder kennt solche Geschichten, hat sie wahrscheinlich auch selber schon erlebt. Zum Beispiel: Die neue Preisstruktur von Evernote hat mir nicht mehr zugesagt und mit dem Angebot von Dropbox war ich nicht mehr zufrieden. Ich musste zwangsläufig einen Wechsel vollziehen. Das kostete viel Zeit und Geld.

Im Hinterkopf hat man immer, dass es bei diesem Problem in erster Linie um Smartphones, Cloud-Speicher oder Betriebssysteme geht. Dieses Konzept der kontrollierten Ökosysteme weitet sich aber zunehmend auf andere Bereiche aus: Fernsehgeräte, Autos, Waffensysteme. Amerikanische Farmer hackten jüngst die Software ihrer Traktoren, um ihre Freiheit wieder zurückzugewinnen.

Bei der Wahl eines Produkts gilt es also immer zu überlegen, ob man sich auf das jeweilige Ökosystem einlassen will, in welche Abhängigkeiten man sich damit begibt und ob man bereit ist, diese einzugehen. Ein verlockendes Angebot kann sich buchstäblich als hinterhältige Falle herausstellen. Spätestens dann, wenn der Anbieter Preise diktiert, da ein Anbieterwechsel mit enormen Kosten verbunden ist. Im Armeemilieu betreffen solche Diskussionen schlussendlich genauso Waffensysteme und Ausrüstung.

Oblt (Zivilschutz) Marc Ruef
Head of Research, Würenlos